



YASHA MOUNK: DIE POPULISTEN ZAHLEN JETZT EINEN PREIS

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Fachkenntnis, gutes Regieren und Kompetenz zählen, wenn es darum geht, Menschenleben retten. Das hilft den gemässigten politischen Kräften. Im Unterschied dazu haben es zahlreiche Populisten, die mit riesigen Versprechungen angetreten waren, nicht geschafft, ihre Bevölkerung gegen diese furchtbare Pandemie zu schützen.

ZUR PERSON:

Mounk ist Associate Professor of Practice of International Affairs an der Johns Hopkins University und Senior Fellow am Agora Institute. Mounk lehrte zuvor über Politische Theorie am Government Department der Harvard University. Er erhielt seinen BA in Geschichte vom Trinity College in Cambridge und seinen Dokortitel in Regierung von der Harvard University.

Am Internationalen Forum freut er sich auf interessante Gedanken, interessante Gespräche, tolle Vorträge, tolle Diskussionen.

«Aber das Wichtigste bei solchen Zusammenkünften ist es für mich immer die Möglichkeit zu haben, jemanden anzusprechen und zu sagen: Hallo, du hast was Interessantes gesagt.»

Mit der Unterstützung von

Vor fünf Jahren, als wir uns bei einem Podium in Berlin sahen, hat Sie die Moderatorin gefragt, wohin Sie am liebsten eine Zeitreise antreten würden, vielleicht 50 Jahre zurück – oder ins Jahre 2100. Sie haben dann geantwortet: 2021! Hier stehen wir jetzt und ich möchte Sie fragen, was hat Sie so neugierig gemacht auf dieses Jahr?

Hm, interessante Frage. Also ich denke, 2016 war das Jahr der Desorientierung. Ich hatte schon seit längerer Zeit befürchtet, dass unsere Demokratien weniger stabil sind, als viele Menschen sich das vorstellten. Dass Politiker und Kandidaten, die damals als extremistische Randfiguren galten, durchaus auch richtige Macht erobern könnten. Und die Frage war dann: Wie schlimm und wie brenzlich wird es? Werden diese Figuren, so wie es damals viele sagten, sofort ausbrennen? Es überhaupt nicht schaffen, wirklich Macht auszuüben? Die Realität kaum verändern? Oder werden sie vielleicht überall an die Macht kommen und die Demokratie wirklich aushebeln?

Und jetzt 2021 haben wir ein bisschen mehr Informationen dazu. Einige davon sind beruhigend, andere davon sind beunruhigend. Wir sehen in Ländern wie Ungarn, auch in Indien, dass die Demokratie durch diese Politiker wirklich in fundamentale Gefahr kommen kann. Wir sehen aber auch in Fällen wie den USA, dass es durchaus möglich sein kann, gegen sie anzukämpfen und sie daran zu hindern, das volle Machtgefüge in den eigenen Händen zu konzentrieren. Also insofern wissen wir ein bisschen mehr über die Parameter dieser Gefahr. Aber wir wissen immer noch nicht, wie die Reise ausgeht.

Insofern wäre es jetzt vielleicht spannender, sich ins Jahr 2031 zu versetzen...

... aber wir sind jetzt im Jahre 2021 und was wir ja damals nicht voraussehen konnte, ist die Pandemie. Was diese doch sehr globale Erfahrung mit uns angestellt?

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Fachkenntnis, gutes Regieren und Kompetenz zählen, wenn es darum geht, Menschenleben retten. Das hilft den moderateren politischen Kräften. Im Unterschied dazu haben es zahlreiche Populisten, die mit riesigen Versprechungen angetreten waren, es eben nicht geschafft, ihre Bevölkerung gegen diese furchtbare Pandemie zu schützen. Dafür müssen nun manche einen politischen Preis bezahlen.

Hat sich also die Demokratie als Regierungsform in dieser Krise bewährt?

Jein. Wir haben vielmehr erlebt, wie schwer sich gerade auch Demokratien tun, grosse Herausforderungen wie die Pandemie anzugehen. In vielen Ländern hat der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten 18 Monaten doch sehr gelitten, in anderen jedoch ist er gestärkt worden. Übers Ganze gesehen haben aber viele demokratische Länder längst nicht so gut abgeschnitten, wie ich mir dies erhofft hatte.

Sie leben in den USA und haben sich dort in den letzten Jahren stark für demokratische Antworten auf die populistischen Angriffe engagiert. Bei den Wahlen vom November 2020 wurde Donald Trump abgewählt. Was ist davon zu halten?

Trump hat zum Glück die Wahlen 2020 verloren und er hat es nicht geschafft, das Land nach seinem Bild umzukrempeln. Und doch hat er in einer Hinsicht gewonnen, denn das Land ist heute noch tiefer gespalten, als es vor seiner Wahl war. Jedes Thema wird noch stärker zweidimensional diskutiert, dass man entweder die Position der Demokraten oder die Position der Republikaner einnimmt. Der Hass auch in meinen sozialen, gesellschaftlichen Zirkeln auf all diejenigen, die auf der anderen Seite stehen, ist noch stärker. Und mittel- und langfristig wird das Rechtspopulisten wie Trump weiterhin riesige Gelegenheiten bieten. Insofern mache ich mir Sorge darüber, was in den USA 2024, 2028, 2032 passieren könnte.

Ich Sorge mich zudem darum, dass ein cleverer, disziplinierterer Nachfolger von Donald Trump auf andere Weise das Land prägen könnte. Und mit Bezug auf die Schweiz oder andere europäische Länder sagt es mir, wie wichtig es ist, in einer Gesellschaft der Polarisierung entgegenzuwirken. Da stehen wir hier in Europa noch vergleichsweise gut da, wie auch der aktuelle Wahlkampf in Deutschland wieder deutlich gemacht hat. Gegenseitiger Respekt ist noch immer ein Wert, der in Europa etwas bedeutet.

In den USA und auch hier in Europa ist in diesem Jahr sehr viel über die Bedeutung der Meinungsfreiheit gesprochen worden. Alt-Vize-präsident Mike Pence sagte kürzlich bei einem Auftritt in Interlaken, dass in der USA eben noch jeder sagen könne, was er wolle, zum Beispiel, dass die Wahlen im letzten Herbst manipuliert worden seien.

Welche Rolle spielt die Meinungsfreiheit in unserer Demokratie?

Sie ist Teil der Lösung. Die Meinungsfreiheit war noch nie so wichtig wie heute, gerade weil wir Menschen nicht nur immer sinnvolles Zeug reden. Und das ist nicht etwas Neues: schon immer haben Menschen furchtbaren Blödsinn verzapft und Hassreden geschwungen. Aber es gibt und darf keine einzelne Institution geben, auf die wir uns verlassen können oder die bestimmt, was eine akzeptable Meinung ist.

Wir haben gerade in den USA in den letzten 15 Monaten wieder einmal erlebt, was es bedeutet, wenn gewisse Diskurse ausgeschlossen, «gecanceled» werden. Das betrifft zum Beispiel die Frage nach dem Ursprung dieser Pandemie.

Die Vorstellung, dass es eine neutrale Körperschaft geben könnte, die ohne Eigeninteresse, ohne Fehler, ohne Scheuklappen feststellt, welche Meinungsäußerungen einen positiven Beitrag darstellen und welche unbedingt verhindert werden müssen, halte ich für gefährlich und illusorisch.

In Ihrem Buch «Der Zerfall der Demokratie» gehen Sie auf die umstrittene Rolle Sozialer Medien in der Demokratie ein. Können diese auch ein Teil der Lösung sein?

Soziale Medien sind ja zunächst einmal ein neutrales Medium. Sie erlauben im Prinzip allen, ihre Meinung zu äussern und zu verbreiten. Entscheidend ist deshalb unser eigenes Verhalten. Es

hängt davon ab, was wir in den sozialen Medien sagen. Ob wir bei sozialen Medien mitmachen, die nur versuchen zu provozieren und Ärger zu schüren. Und es hängt vor allem davon ab, ob Entscheidungsträger sich von scheinbaren Mehrheiten in den sozialen Medien beeinflussen lassen.

Eine meiner grossen Sorgen in diesen Jahren ist gewesen, dass die Leiter von wichtigen gesellschaftlichen und politischen Institutionen umgeknickt sind. Wenn ein paar Dutzend Leute auf Twitter einen Shitstorm veranstaltet haben und diese Menschen waren oft überhaupt nicht repräsentativ für die öffentliche Meinung und für die Meinung der Nutzer dieser Institutionen. Und das ist für mich die grösste Gefahr der sozialen Medien. Die wird aber nicht in den sozialen Medien verändert werden, sondern in der Denkweise derjenigen, die in unserer Gesellschaft Verantwortung übernehmen.

Und was ist von den Regulierungsbestrebungen mancher Staaten zu halten?

Wir brauchen eine Regulierung der grossen Tech-Firmen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie ordentlich Steuern zahlen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie keine Monopole geniessen, dass sie ihre Macht nicht ungerecht ausnützen. Was die Regulierung des Inhalts der sozialen Medien angeht, bin ich sehr skeptisch, dass das die richtige Aufgabe der Regierung wäre. Das fängt damit an, dass wir immer so tun, als ob die Regierung in der Hand der Guten sein wird. Aber wie wir in den letzten Jahren gelernt haben, ist sie oft nicht in der Hand der besonders Guten. Und wir sollten

uns Fragen stellen, wie viele Waffen wir diesen Regierungen in die Hand geben wollen. Ich glaube nicht, dass wir es heutzutage schaffen können, Meinungen wirklich aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Solche Verbote macht einzig und alleine die Rechtspopulisten stärker.

In Ihrem Buch empfehlen Sie stattdessen eine Stärkung des Glaubens an die Demokratie. Das klingt ja schon ein bisschen religiös.

In einer Gesellschaft benötigen wir einen Grundkonsens über die grundsätzlichen Regeln, die unser Leben gestalten. Diese Regeln müssen natürlich so sein, dass sie jedem Einzelnen sehr viel Freiheit überlassen so zu leben, wie er oder sie möchte. Aber natürlich muss es Regeln geben, die zum Beispiel dafür sorgen, dass ich nicht jemanden bedrohen oder verletzen kann, weil mir nicht gefällt, mit wem er oder sie schläft. Und ich denke, diese Grundregeln unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft haben wir in den letzten Jahren zu oft einfach vorausgesetzt.

Stattdessen brauchen wir eine Erneuerung unseres Vertrauens in die demokratischen Institutionen. Eine Erneuerung unseres Verständnisses dafür, warum diese für ein friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft so wichtig sind. Das muss nicht religiös sein, denn bei der Religion ist es ja ein grundsätzliches Element, dass man den Glauben vor das Argument und das Wissen stellt. Gleichzeitig ist es schon hilfreich, wenn wir zu den grundsätzlichen Regeln der liberalen Demokratie nicht nur ein rationales, sondern auch ein emotionales Verhältnis haben.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme am Internationalen Demokratieforum in Zofingen. Was erwarten Sie von diesem Austausch in der Schweiz?

Zunächst einmal interessante Gedanken, interessante Gespräche, tolle Vorträge, tolle Diskussionen. Aber das Wichtigste bei solchen Zusammenkünften ist es für mich immer die Möglichkeit zu haben, jemanden anzusprechen und zu sagen: Hallo, du hast was Interessantes gesagt. Auf dem Podium oder beim Mittagessen oder während wir gerade in der Schlange standen. Lass uns darüber mal weiterreden. Und dann kommt man plötzlich mit jemandem anders ins Gespräch. Tauscht sich anders aus. Verknüpft sich auf eine andere Weise. Hat vielleicht Ideen für gemeinsame Aktionen oder Texte oder Organisationen. All diese informellen Weisen, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich kennenzulernen, es zu ermöglichen, miteinander zu kooperieren. Die haben in den letzten beiden Jahren doch sehr gefehlt – und deshalb freue mich nun besonders fest auf das Zofinger Forum.